

Wilsdruffer Tageblatt

Sprechsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ersteilung des Wilsdruff mit Wilsdruff der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Geschäftsstellen monatlich 2 M., durch unsere Vertreter zugewogen in der Stadt monatlich 2 M., auf dem Lande 2 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 6 M., mit Zustellungsgeldern. Alle Postanfragen und Bestellungen sowie unsere Anzeigen und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Interessanter ist die 6 getragene Korpusgröße oder deren Raum, Volumen, die 2 heilige Korpusgröße ist. Bei Wiederholung und Toleranzumfang entsprechend Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2 getragene Korpusgröße ist. Abrechnungsbetrag 50 Pf. Bezugsannahme bis nachmittags 10 Uhr. Für die Abrechnung der durch Fernruf übermittelten Anzeigen überlassen wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ist strafbar, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Anspruch greift.

Ersteilung seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rossen.

Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Päßig, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 133

Sonntag den 10. Juni 1922.

81. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Kartoffelverföorgung.

Haushaltungen, die über keine Vorräte verfügen, können gute Speisekartoffeln in Mengen von nicht über 25 Pfund erhalten. — Anmeldung zum Bezug im Verwaltungsgebäude — Zimmer 2 — am 10. d. M. Wilsdruff, am 9. Juni 1922.

Wir bitten höflich, Anzeigen bis vormittags 10 Uhr anzugeben.

Der Stadtrat.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Die Unterzeichnung der Übergabebestimmungen für Oberschlesien an die deutsche und polnische Regierung soll am 13. Juni erfolgen.
- * Der außerordentliche ernannte Sturz der österreichischen Krone hat in Wien Bestürzung hervorgerufen. Der Dollar stieg bis zu 17500 Kronen.
- * Das französische Kriegsgericht in Mainz verurteilte 17 ehemalige deutsche Offiziere zu Gefängnis- und Geldstrafen wegen Zugehörigkeit zu einer Organisation des deutschen Offiziersbundes im besetzten Gebiet.
- * In der italienischen Kammer hielt der Minister des Äußeren, Schanzer, eine große Rede über Italiens Friedenspolitik, in der er die erfreulichen Beziehungen zu Deutschland hervorhob.

Kronensturz.

Darauf wird das neue Ministerium in Österreich nicht gefaßt gewesen sein, daß der schon ohnehin verzweifelte Stand der Valuta des Landes wenige Tage nach dem vorläufigen letzten Ministerwechsel abermals einem ebenso plötzlichen wie gefährlichen Auf und Ab unterworfen werde.

Natürlich hat diese katastrophale Erscheinung mit den politischen Vorgängen der letzten Tage nichts zu tun. Daß die Rettung der österreichischen Republik nach langwieriger Beherrschung durch die Sozialisten jetzt der Abwechslung halber einmal auf Christlich-Soziale und Großdeutsche Übergegangen ist, spielt für den Wucher der Börsen- und Devisenkurse gewiß nicht die geringste Rolle. Ebensowenig, daß den neuen Männern, mit dem Präsidenten Dr. Seipel an der Spitze, in der Öffentlichkeit eine verhältnismäßig günstige Aufnahme bereitet wurde. Man muß zugeben, daß, wenn es für ein an Haupt und Gliedern jämmerlich zugeriebtes Land überhaupt noch auf Männer ankommen könnte, die Zusammenfassung des neuen Kabinetts einige tröstliche Aussichten für die Zukunft bieten würde. Denn sowohl dem neuen Ministerpräsidenten wie seinem Vizekanzler Dr. Frank, seinem Handelsminister Kraft und seinem Finanzminister Dr. Wader rühmen alle, die sie kennen, Eigenschaften nach, mit denen sich auch nur bei einigermaßen normalen Verhältnissen wohl schon einiges anfangen ließe. Aber die Börse wird heute von ganz anderen Rücksichten beherrscht. Sie hat die Ohnmacht auch starker Ministerpersönlichkeiten gegenüber den wild drängelnden Triebkräften des Wirtschaftslebens zur Genüge kennen gelernt, um ihnen hemmungslos nachzugeben, sowie von irgendwo her ein neuer Anstoß — nach oben oder nach unten — kommt. Ein tieferer Einblick in die Vorgänge der Wiener Börse ist zurzeit noch nicht möglich. Nach außen hin wird zu ihrer Erklärung nur auf die Tatsache verwiesen, daß der nun schon seit Jahren angestrebte Auslandskredit noch immer völlig in der Luft schwebt. Warum aber diese faktisch bekannte Tatsache plötzlich zu einer neuen fieberhaften Panik führen konnte, darüber schweigt das Sängers Höflichkeit. Alle fremden Devisen, die deutsche Reichsmark eingeschlossen, stiegen den bedrückend in die Höhe, und man erlebte sogar das noch nicht dagewesene Schauspiel, daß am Effektenmarkt ein bestimmtes Papier, und zwar die Nordbahn-Aktie, einen Kurs von einer Million Kronen erreichte. Die Regierung suchte diese Bewegung ungefähr durch bestimmte Erklärungen einzudämmen, insbesondere versicherte sie, daß sie unter keinen Umständen an eine Notenabfuhrung oder eine Verminderung des Papierumlaufs herangehen werde. Auch sei man fest entschlossen, bei Fortführung der Verhandlungen wegen Gewährung eines Auslandskredites die Kronenbestände keinesfalls zu gefährden. Indessen, es half alles nichts, und man weiß nicht, was da noch werden mag. Ob diese „Flucht vor der Krone“ die Bereitwilligkeit der fremden Kapitalgeber zur Vergabe von Subsidienmitteln für die Republik gerade erhöhen kann? Wenn seit Anfang Mai der Wert der österreichischen Krone im Ausland um mehr als die Hälfte gesunken ist, so muß sich wohl schließlich jeder Gast mit Grausen wenden. Und man kann nur den Mut der Männer bewundern, die unter solchen Umständen auf ihrem Posten ausharren und noch nicht jede Hoffnung auf die Zukunft endgültig fallen lassen.

Wieder muß angesichts solcher Erscheinungen die Frage aufgeworfen werden, ob einer Welt, die in so völlig unberechenbarer und wohl auch völlig unverantwortlicher Weise zum Spielball gemeinsamer Privatinteressen gemacht wird, überhaupt noch geholfen werden kann. Mit Recht hat der amerikanische Botschafter in Rom, Herr Child, dieser Tage bei einer festlichen Gelegenheit in Palermo darauf hingewiesen, daß die Welt gewiß nicht zu gesunden Zuständen zurückkehren werden. Wir müßten uns auf die Verwirklichung und Verwirklichung durch die Völker verlassen, die gemeinschaftlich nach Frieden, Ab-

rüstung und ausgleichenden reingewaschenen westungen verlangten. Es sei oft gesagt worden, daß Amerika sich nicht von Europa abschließen könne, aber Amerika könne und wolle abgeschlossen bleiben von den zerstörerischen Mächten, wo sie auch immer auftreten und unter welcher politischen Maske sie erscheinen mögen. Diese Art der Isolierung sei nicht nur für Amerika gut, und das beste, was Amerika der Welt zu bieten habe, sei die Macht, die gegen zerstörerische Kräfte gebraucht werden könne. Und diese Macht müsse unverfehrt erhalten werden, um die wahre aufbauende Tätigkeit der Menschheit zu unterstützen, wobei man über geschriebene Verträge hinausgehen müsse. Regierungen und Banken mögen internationale Anteilhaberhandlungen führen, aber wie die Dinge heute liegen, müsse in jedem Lande der Welt, das in einem anderen Lande Kapital anlege, das Volk, der einzelne, bereit sein, ausländische Papiere zu kaufen. Also sei die Frage die, wie die Kapitalbesitzer zu gewinnen und zu überzeugen seien. Es genüge nicht, daß führende Persönlichkeiten verhandeln, es sei auch nötig, daß das Volk in einem Staat an die Redlichkeit einer anderen Nation und an ihren Fleiß glaube, wenn es die von ausländischen Regierungen oder ausländischen Unternehmungen angebotenen Schuldverschreibungen kaufen solle.

Die Redlichkeit — in diesem einen Wort des Amerikaners liegt das ganze Bündel von Schwierigkeiten umschlossen, mit denen heutzutage jeder Versuch, wieder zu leidlichen Zuständen in Europa zu gelangen, zu kämpfen hat. Wer kann heute noch glauben an die Redlichkeit der Welt nach allem, was die letzten furchtbaren Jahre und gebracht haben?

Die Frage der Getreideumlage.

Neue Verhandlungen.

Im Reichsernährungsministerium werden unter Teilnahme zahlreicher Organisationsvertreter die Verhandlungen über die für die kommende Ernte geplante Getreideumlage fortgesetzt. Man verhandelt über den Beschluß des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft, worin die Landwirtschaft die Gewähr übernimmt, daß sie die zur Sicherung der Brotverföorgung erforderlichen Brotgetreidemengen zur Verfügung stellt, wenn die Reichsregierung eine Erklärung abgibt, daß sie bereit ist, eine Verbilligung des Brotpreises für die wirtschaftlich Schwachen durch die Gesamtheit der wirtschaftlich Leistungsfähigen herbeizuführen. Weiter stehen Vorschläge zur Erwägung, die darauf hinauslaufen, einen Weg zu suchen, um eventuell ohne das Umlageverfahren auszukommen. Diese Vorschläge wurden zum erstenmal anläßlich des Besuchs des Reichsernährungsministers in München erörtert.

Das unabhängige Organ, die Freiheit, veröffentlicht eine Anzahl von „Nichtlinien“, die angeblich an die Vertrauensleute der Ortsgruppen der die Umlage scharf bekämpfenden Landwirtschaftsorganisationen verhandelt sein sollen. Falls das Gesetz tatsächlich wird, sollen die Landwirte nach den Richtlinien scharfen Widerstand gegen seine Durchführung leisten, wofür im einzelnen Anweisungen gegeben werden. Eine bestimmte Organisation ist in der Freiheit nicht genannt. Man muß deshalb wohl abwarten, bis Klarheit darüber herrscht, ob die „Nichtlinien“ echt und von wem sie aufgestellt sind.

Um die deutsche Anleihe.

Das Finanzkomitee in Deutschland?

Nach aus Amerika kommenden Meldungen will das in Paris versammelte, zur Hauptsache aus amerikanischen Finanzleuten bestehende Komitee für die geplante Anleihe nunmehr sofort mit seiner Untersuchungen über Deutschlands Fähigkeit, die Wiedergutmachungen zu bezahlen, beginnen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird das Anleihekomitee beschließen, Deutschland selbst zu besuchen, um an Ort und Stelle eine Prüfung über die Auflegbarkeit der Anleihe vorzunehmen.

Frankreichs Widerstand.

Durch die Hartnäckigkeit der Franzosen scheint in der Anleihefrage eine gewisse Krisensituation hervorgerufen zu sein. England, Italien und Belgien lehnen es bekanntlich nicht mehr ab, die Reparationssumme selbst daraufhin zu prüfen, ob bei ihrem unangehörigen Bestand überhaupt an eine Regelung zu denken ist. Frankreich aber bleibt hartnäckig und unbelehrbar bei der Forderung, Deutschland müsse nach dem Buchstaben des Londoner Diktats zahlen, zahlen und zahlen, und wenn darüber ganz Europa zugrunde geht. Bei dem Finanzkomitee geht darob ein lebhafter Meinungsaustrausch ein, und es verlautet, daß vor allem Morgan auf eine Aufhebung des französischen Widerstandes dränge. Er soll damit gedroht haben, daß,

wenn von Seiten Frankreichs kein Entgegenkommen betundet werde, Amerika die Mittel in der Hand habe, von Frankreich die Rückerstattung der während des Krieges aufgenommenen Anleihen zu verlangen.

Poincaré bleibt unbefragt.

Der Ministerpräsident der französischen Republik versicherte vor dem Senat, von einer Herabsetzung der deutschen Schuld sei gar nicht die Rede gewesen. Es sei indessen klar, daß das Anleihekomitee bei seinen Anfragen an eine solche Herabsetzung gedacht habe, weshalb habe Frankreich gegen eine Erweiterung der Rechte für das Anleihekomitee gestimmt und dadurch vielleicht verhütet, daß die Herabsetzungsfrage klar formuliert werde. Poincaré äußerte weiter, nach seiner Ansicht brauche man es nicht tragisch zu nehmen, wenn die internationale Anleihe jetzt nicht zustandekommen sollte. Wenn Deutschland etwa seine gesamte Wiedergutmachungsschuld mobilisieren könnte, würde es den Verbündeten kaum mehr möglich sein, zur Erzwingung der dauernden Abrüstung Sanktionen zu verhängen. Die Befegung des linken Rheinufers würde bei einer solchen Regelung vielleicht aufgehoben werden müssen. Auf jeden Fall sei es für Frankreich vorteilhafter, noch einige Zeit auf eine Nachzahlung zu verzichten, als seine alten Rechte preiszugeben. — Ihm bleibt also die Befegung des Rheines wichtiger als jede Regelung der Wirtschaftsordnung — selbst für Frankreich. Der echte Poincaré!

Vor der Abergabe Oberschlesiens.

Der letzte Akt am 13. Juni.

Die Vorkonferenz in Paris hat die Befestigung festgelegt, die der Interalliierten Kommission in Oberschlesien hinsichtlich der Räumung des Landes durch die alliierten Truppen gegeben werden sollen. Man glaubt, daß eine Mitteilung über den Zeitpunkt dieser Räumung bald ergehen wird.

Von zuverlässiger Seite in Oppeln verlautet, die Unterzeichnung der Übergabebestimmungen werde wahrscheinlich am Dienstag, den 13. Juni, erfolgen, worauf sofort die Befestigung durch die Interalliierte Kommission erfolgt und dann die im Friedensvertrag vorgesehene Frist für die Räumung Oberschlesiens zu laufen beginnen.

Das Land soll einen Monat nach der Abergabe der Regierungsgewalt durch die Interalliierte Kommission an die deutsche und polnische Regierung von den Entente-truppen geräumt werden.

Nachlassen der Beunruhigung.

Der Oberbürgermeister von Beuthen und die deutschen politischen Parteien und Gewerkschaften in Beuthen erlassen Aufrufe, in denen die Bevölkerung zur Ruhe ermahnt wird. Der letzte Bericht der Interalliierten Kommission, die sich aus deutschen und polnischen Gewerkschaftsvertretern zusammensetzt, bringt teilweise beruhigende Mitteilungen. Wie der Bericht sagt, hat in den Werken und Arbeitsstätten der Lösser auf- und abgetreten der Gewerkschaften hat einige Ruhe und geordnete Zustände gebracht. Jeder ist die Interalliierten Kommission jedoch machtlos gegen den immer noch aufstrebenden Bohnungs- und Strafenerror. Aus Kleinwig wird gemeldet, daß auch auf den Straßen Sicherheit herrscht. Die Unruhen, die vielleicht nachts noch hin und wieder vorkommen, werden durch energisches Durchgreifen der Polizei und Volkswacht unterbunden. In Rybnik ist alles ruhig. In Laurahütte und Kattowitz scheint Ruhe eingetreten zu sein. Die ausgearbeiteten Kommissionen haben in Antonienhütte, Lipine und Kleinwig sowie in anderen Teilen des deutschbesetzten Oberschlesiens Frieden gestiftet. Besonders bemerkenswert ist die Arbeit der Betriebsräte in den Werken, die sich sehr segensreich bemerkbar machen. Viele Ausschreitungen in den Werken und in den Industrieorten sind durch die Arbeiterräte verhindert worden.

Der Erzberger-Prozess.

Die Vernehmung Kilingers und die ersten Zeugen.

Offenburg, 8. Juni.

Im weiteren Verlauf der Vernehmung des Angeklagten Kilingers nahm einen breiten Raum die Erzählung über die geheimnisvolle „Organisation C“ ein. Kilingers bezeichnete sie als einen Bund selbstwilliger Offiziere, die sich der Regierung gegen bolschewistische und kommunistische Anschläge zur Verfügung stellen wollten. Schulz und Tilleßen hätten der von ihm selbst geleiteten Abteilung B der Organisation angehört. Der Bund habe sich allerdings den neuen Verhältnissen in Deutschland gegenüber ablehnend verhalten, aber niemals einen gewaltsamen Umsturz geplant. Von einer Befestigung Erzbergers sei nie die Rede gewesen. Möglich, daß der Bund konnte, nach den Aussagen, jeder national denkende Deutsche werden, wogegen jeder Fremdrassier von der Aufnahme ausgeschlossen gewesen sei. Der Vorsitzende des Gerichtshofes wies darauf hin, daß ein Vorkonferenz der Sachverständigen lautet habe: